



Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, 11019 Berlin

Herrn
Dr. Rainer Kraft
Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Dr. Franziska Brantner MdB
Parlamentarische Staatssekretärin

Scharnhorststr. 34-37
10115 Berlin

Postanschrift:
11019 Berlin

Tel. +49 30 18 615-6420
Fax +49 30 18 615-5449

BUERO-PST-B@bmwk.bund.de
www.bmwk.de

Fragestunde des Deutschen Bundestages am 17. Januar 2024

Frage Nr. 041

Berlin, 17. Januar 2024
Seite 1 von 3

Sehr geehrter Herr Kollege,

namens der Bundesregierung beantworte ich die Mündliche Frage wie folgt:

Frage:

Erwägt die Bundesregierung, sich auf europäischer Ebene für Strafzölle von Solarmodulen oder deren Komponenten aus Asien einzusetzen, und wenn nein, warum nicht (www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/energie-streit-umstrafzoelle-auf-solarmodule-aus-china/29425960.html)?

Antwort:

Die Zuständigkeit in der Europäischen Union für Strafzölle liegt als Maßnahmen im Bereich der Handelspolitik bei der Europäischen Kommission.

Im Photovoltaik-(PV-)Bereich bestanden bis 2018 EU-Anti-Dumping-Zölle auf PV-Module. Derzeit werden nur die regulären Drittlandszölle für die Einfuhr von PV-Modulen angewandt. Daneben bestehen weiterhin handelspolitische Schutzmaßnahmen für den Import von Solarglas aus



Seite 2 von 3

China und Silizium aus China, Taiwan und Korea in die EU. In der Regel müssen Untersuchungen zur Einführung etwaiger Strafzölle der EU-Kommission im jeweiligen Sektor von den Unternehmen beantragt werden, die auch entsprechende Belege vorbringen müssen. Nach unseren Informationen liegt derzeit kein solcher Antrag vor.

Die EU-Kommission könnte darüber hinaus erwägen, eine Untersuchung zur Verhängung von Maßnahmen nach dem Abkommen der Welthandelsorganisation (WTO) über Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Dieses erlaubt, temporär Schutzmaßnahmen – insbesondere Zölle und Kontingente – zu ergreifen, wenn ein plötzlicher Importanstieg droht, der die heimische Industrie ernsthaft schädigen kann. Auch hierfür müssen in der Regel Unternehmen entsprechende Belege vorbringen und Anträge stellen. Auch dies ist bislang nach unserer Kenntnis nicht erfolgt.

Die Bundesregierung hat gegenüber der EU-Kommission mit Blick auf den Ausbau erneuerbarer Energien ihre Bedenken gegen die Einleitung von Schutzmaßnahmen gegen PV-Module aus China geäußert. Eine solche Maßnahme würde nach Einschätzung der Bundesregierung den PV-Ausbau insgesamt verteuern und verlangsamen. Auch würde es Haushalte und Gewerbe finanziell belasten. Gleichzeitig ist die Bundesregierung bestrebt, den Aufbau der EU-Solarindustrie zu stärken und die hohe Abhängigkeit von chinesischen Solarmodulen durch eine diversifizierte Beschaffung zu reduzieren. Hierfür ist auch ein starkes multilaterales Handelssystem und ein Level Playing Field im Binnenmarkt bedeutsam.

Zugleich treibt die Bundesregierung mit dem Solarpaket I die Nachfrage nach PV-Modulen weiter deutlich voran. Sie prüft zudem verschiedene Maßnahmen, u.a. förderpolitische Maßnahmen basierend auf dem neuen Beihilferahmen der EU-Kommission, konkret dem erweiterten „Befristeten



Seite 3 von 3

Rahmen für staatliche Beihilfen zur Stützung der Wirtschaft infolge des Angriffs Russlands auf die Ukraine – Krisenbewältigung und Gestaltung des Wandels“ (TCTF, konkret Randnummer 86 des TCTF), um die Industrie zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Franziska Brantner